

sollen die gewaltigen Kosten der technischen Revolution und gleichzeitig die enormen Mittel aufbringen, die die Rüstungs- und Revanchepolitik erfordern. Mehr und mehr nehmen die herrschenden Kräfte Zuflucht zu neonazistischen Herrschaftsmethoden.

Das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus braucht die völlige Bewegungsfreiheit für sein Profit- und Machtstreben, die bedingungslose Unterordnung der Arbeiterklasse, ihrer Gewerkschaften und aller demokratischen Kräfte unter die Politik des Finanzkapitals. Erhard und seine Ideologen haben diese Forderungen und Wünsche des Monopolkapitals in ihrer Konzeption der „Formierten Gesellschaft“ zusammengefaßt.

Nach dieser Konzeption wird heute bereits in Westdeutschland gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften gehandelt. Das spiegelt sich z. B. in der Notstandsgesetzgebung wider, es zeigt sich an der geplanten sogenannten „großen Finanzreform“, mit der die Rechte und materiellen Möglichkeiten der Länder und Gemeinden rigoros eingeschränkt werden sollen, und es findet auch in den Plänen für eine sogenannte „neue Technik des Regierens“ seinen Niederschlag.

Wer und Was hinter dieser Entwicklung steht, machte zum Beispiel die Zeitung „Die Welt“ am

5. März dieses Jahres mit folgender Meldung deutlich: „Der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammer, hält eine rasche und gründliche Anpassung des gegenwärtig praktizierten Systems der parlamentarischen Demokratie an die Erfordernisse des modernen Wirtschafts- und Sozialstaates für unabdingbar.“

In einem bemerkenswerten Artikel in der Märznummer der in Köln erscheinenden „Blätter für deutsche und internationale Politik“ nennt der westdeutsche Publizist Reinhard Opitz die Dinge beim Namen:

„Die Ankündigung der ‚Reform der deutschen Demokratie‘ fällt zeitlich zusammen (und ist inhaltlich gleichbedeutend) mit der Verkündung des ‚Endes der Nachkriegszeit‘... Je mehr in unseren Jahren ... die wirtschaftliche Konzentration voranschreitet, die Automation schwierige strukturelle Probleme aufwirft, der innerwestliche Konkurrenzkampf schärfer wird und sich die außenpolitische Position der Bundesrepublik verschlechtert, desto mehr sehen sich die Industriekonzerne... einer nach ihrer Meinung nicht länger erträglichen Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Gesellschaft und ihrer eigenen Interessen gegenüber und drängen auf eine Lösung... Der Weg in die Formierte

Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus“. Soweit Reinhard Opitz.

Unsere Partei stellt Schicksalsfrage und zeigt den Weg

Mit der Erklärung Erhards, die Nachkriegszeit sei nunmehr zu Ende gegangen, will das westdeutsche Monopolkapital und seine CDU/CSU eine neue Periode des Kampfes um Hegemonie, um Vorherrschaft eröffnen. Die verstärkte Aggressivität der westdeutschen Imperialisten nach innen und außen zeugt von dem Versuch, die inneren und äußeren Gegensätze des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, die zunehmenden antagonistischen Widersprüche, die Genosse Walter Ulbricht auf der

11. Tagung des Zentralkomitees charakterisierte, auf imperialistische Weise zu lösen. Dieser überaus gefährliche Weg, den der westdeutsche Imperialismus geht, war der entscheidende Anlaß für das ZK der SED, in dem Offenen Brief an die SPD die nationalen Grundfragen der Gegenwart aufzuwerfen, vor allem jene deutsche Schicksalsfrage: „Wie soll das einigige Deutschland aussehen, das du erstrebst? Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk bestimmt, oder sollen in ihm die Multimillionäre und Hitlergenerale den Ton angeben?“

Die absolute Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der technischen Revolution, die immer engere Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates machen den Kampf um Demokratie, um die Verwirklichung der in der Bonner Verfassung enthaltenen demokratischen Rechte, den Kampf um Mitbestimmung und Kontrolle der Macht der Konzerne zu einer lebenswichtigen Aufgabe aller demokratischen Kräfte und besonders der Arbeiterschaft in Westdeutschland.

Das Monopolkapital drängt gesetzmäßig nach dem Abbau der Demokratie, nach Revanche und Aggression: Seine Herrschaft in Westdeutschland gefährdet den Frieden und ist das Hindernis auf dem Weg zur friedlichen und demokratischen Vereinigung der deutschen Staaten. Weil dem so ist, fällt unter den konkreten historischen Bedingungen Westdeutschlands der Kampf um Demokratie mit dem Kampf gegen Atomrüstung, für Abrüstung und für eine Verständigung der beiden deutschen Staaten zusammen. Denn ohne Einschränkung und schließliche Überwindung der Macht der Millionäre und die Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes kann der Frieden nicht gesichert und der Weg zur Lösung der nationalen Frage nicht besritten werden.

Heinz G e g e l